

Es geht darum, realistische Formen des Konsenses zu finden, auch über Parteigrenzen hinweg

Von Klaus von Dohnanyi

Zunächst möchte ich mich bedanken, dass ich hier die Möglichkeit erhalte, einige Worte zum Thema dieser Tagung zu sagen. Ob ich der Richtige bin, um über den »Widerstand« der SPD gegen die Medienpolitik in den 80er Jahren zu berichten, weiß ich nicht, weil ich mich ja eigentlich auf der anderen Seite befunden habe damals in meinem Streit.

Ich bin schon immer der Meinung gewesen, dass man in erster Linie Bürger und erst in zweiter Linie Parteimitglied ist. Und ich begrüße es daher, dass hier die Möglichkeit gegeben ist, die Dinge von mehreren Seiten zu betrachten. Ich will mich nicht einlassen in die historische Darstellung der einzelnen Abläufe, denn dafür gibt es genug Unterlagen. Herr Professor Wilke hat ja hierzu auch schon gesprochen, Herr Vogel und Herr Schwarz-Schilling haben das aus vielfältiger Sicht beleuchtet und belegt.

Das Interessanteste vielleicht ist, wie viel Unsinn manchmal nur wenige Jahrzehnte zurück von verschiedenen Seiten gesprochen worden ist, in diesem Falle in der Medienpolitik und zu einem nicht unerheblichen Teil auch von meiner Partei. Man überlegt, wie konnte man eigentlich vor nur 20 Jahren solche Sachen sagen. Das ist schon ein erstaunlicher Vorgang, aber ich komme darauf noch mal zurück, weil ich das für einen wichtigen Punkt unserer Diskussion halte.

Die historischen Studien zeigen, dass es einerseits sehr unterschiedliche Ausgangspositionen gab und andererseits auch eine kontinuierliche Annäherung der Parteipositionen, und zwar seit Anfang der 70er Jahre und nicht erst in den 80er Jahren. Immer wieder schrittweise Annäherung und Einverständnis, aber es bleiben natürlich doch immer noch bis heute gewisse Unterschiede bestehen.

Sie betreffen zum Beispiel den zukünftigen Umgang mit dem Kabelfernsehen da, wo es jetzt Erwerber der Netzebene drei gibt, die auch auf die Netzebene vier hinüberreichen usw. Da gibt es neue Probleme, die immer wieder das alte Kleid und die alten Farben zeigen, nämlich: Wie verhält es sich mit dem Interesse der Gesellschaft, dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger, dem Interesse der Information gegenüber dem Kommerz, also der wirtschaftlichen Fragestellung, die dahintersteht.

Ich will vier Punkte knapp erläutern und dabei kurz mit der Ausgangslage beginnen, und dann eine paar Worte darüber sagen, was wir strategisch im Auge hatten, was realisiert werden konnte, und was vielleicht zu lernen ist.

Ausgangslage

Zur Ausgangslage ist hier schon viel gesagt worden, insbesondere von Herrn Schwarz-Schilling. Ich möchte einige ergänzende Bemerkungen machen. Das Postmonopol war bestimmt ein Problem. Das lag natürlich an der gesamten Einschätzung dessen, was die öffentlichen Versorger einem Lande schulden, und das hatte damit nicht nur einen deutschen, sondern einen kontinentaleuropäischen Aspekt.

Dann gab es eine Entwicklung der Pressekonzentration in den 70er Jahren, die man nicht außer acht lassen darf, wenn man über das Problem Fernsehen und neue Medien spricht. Es gab damals eine starke Konzentrationsbewegung im Bereich der regionalen Presse, die durch das Zusammenfassen von größeren Einheiten, die Entwicklung von sogenannten Kopfblättern, vorangetrieben wurde.

Und was man nicht übersehen sollte, wenn man die Mitte der 60er Jahre nimmt und das berühmte Stichjahr 1968, da lagen die Erfahrungen der Weimarer Republik so weit zurück, wie heute für uns das Jahr 68 zurückliegt. Das war also gar nicht so weit weg. Man hatte die Hugenberg-Erfahrung im Kopf und alles, was damit zusammenhängt. Man darf das nicht übersehen, das war ein wichtiger Bestandteil der medienpolitischen Debatte in den 70er Jahren: Was geschieht mit der Medienkonzentration aufgrund wirtschaftlicher Gesichtspunkte, also der Zusammenfassung von Regionalzeitungen und der sich daraus entwickelnden politischen Macht?

Dann gab es einen dritten Aspekt, nämlich die Politisierung des Fernsehens. Ich stimme in dieser Beziehung mehr Schwarz-Schilling zu als Bernhard Vogel. Ich glaube schon, dass es so was gab wie Seilschaften oder wie auch immer das genannt wurde, bei uns im Norden hieß es dann »Rotfunk«. Es gab so was, man muss es einfach ehrlich sagen. Und ich sage mal, das gibt es zum Teil noch heute. Es gab dann Freundeskreise, die machten Vorabsprachen. Diese sogenannten Rundfunkräte bestanden aus den merkwürdigsten Teilgruppierungen, die sich vorher zusammentaten, und ich werde nie vergessen, wie ich im Rundfunkrat des damaligen Deutschlandfunks war, und dort war auch der Kollege Czaja von der CDU/CSU, ein lobenswerter, rechter Ritter. Er kritisierte heftig irgendeine Sendung im Deutschlandfunk (SPD-lastig), und ich sagte dann zu Herrn Czaja: »Warum machen wir nicht Folgendes: In Zukunft kritisieren Sie immer nur, was Einseitiges auf der Seite von CDU/CSU-Leuten in den Rundfunkanstalten verbreitet wird, und ich werde mich dann der SPD annehmen, so dass wir nicht auch noch hier im Rundfunkrat Parteipolitik machen müssen.« Das wurde aber natürlich nicht realisiert, sondern man stritt sich über Kreuz, jeder mit seinem Entsendungsrecht gewissermaßen, eine dümmliche Situation.

Ich habe daraus in Hamburg – ich will kurz vorgreifen – eine Konsequenz gezogen. Das Hamburger Mediengesetz verbietet die Entsendung von Mitgliedern durch die Parteien in den Rundfunkrat. Das hat mir großen Ärger gemacht in Hamburg, unter den Freunden in der Fraktion und auch bei den Freunden der Partei. Das Ergebnis war dann in Hamburg, als wir den ersten Medienrat wählten, dass ein CDU-Mitglied der Vorsitzende wurde, das kam bei der Wahl so zustande. Er war aber ein sehr tüchtiger Mann, und ich hatte auch gar nichts dagegen. Wir hatten uns geeinigt, wir würden die Parteien wenigstens versuchsweise heraushalten.

Es gab also eine Politisierung des Fernsehens, und bis heute empfinde ich manchmal die eine oder andere Ansagerin in unseren Fernsehnachrichten oder im Bereich der Nachrichten, nicht bei den Kommentaren, als parteipolitisch ziemlich »frech«. Wenn gesagt und berichtet und gefragt wird, als wüsste man schon vorher, was eigentlich das Ergebnis sein sollte, wünschte ich mir, dass die Rundfunkanstalten und die entsprechenden Rundfunkräte sich solche Leute mal vornehmen und sagen, das gehört sich nicht, jemanden so zu fragen, als wisse man genau, dass derjenige in der Tagesschau, der dort sitzt, entweder der einen oder der anderen Partei angehört. Ich finde das unglaublich. Ich nenne die Tagesschau nur beispielhaft, man kann es auch woanders sehen. Also, ich bin der Meinung, man muss schon eine gewisse Politisierung in Deutschland erkennen, und vielleicht war die Privatisierung ein Instrument dagegen. Ich komme darauf zurück.

Der vierte Punkt, der uns damals bewegte, war das Sichtbarwerden neuer Kommunikationsmittel, insbesondere natürlich Satellit und Kabel, und der fünfte Punkt war in der Tat die Internationalisierung der Medien in diesem elektronischen Bereich, wobei es das im Rundfunk schon lange gab, wie wir alle wissen.

Also, das waren die Gesichtspunkte, und die SPD hatte diese Debatte schon in den 60er Jahren geführt und 1971 einen wichtigen Medienparteitag durchgeführt. Auf diesem Medienparteitag gab es die Forderung nach mehr Mitbestimmung in der Presse, um den Redakteuren mehr Chancen gegenüber den Herausgebern und Eigentümern zu geben, ausgelöst von einer Debatte um die Springer-Presse.

Es gab einen Beschluss gegen die Privatisierung der elektronischen Medien, es gab einen eindeutigen Beschluss für die Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Hörfunks und des Fernsehens. Das Ganze sozusagen war eine Richtungsbestimmung, die auf dem Hintergrund der genannten Aspekte zu sehen ist, Pressekonzentration, Bedeutung der Medien für die öffentliche Meinung usw. Es war ein Versuch, auf jeden Fall bei denen, die das nicht in erster Linie parteipolitisch gesehen haben, die öffentlich-rechtlichen Anstalten freizuhalten von privaten, kommerziellen Interessen. Das war die Ausgangslage.

Ziele

Unser strategisches Ziel war logischerweise, das zu sichern und zu bewahren, was bedroht schien. Und bedroht schien einmal die Presse, vorangetrieben durch die Konzentration und durch die technischen Veränderungen. Ein zweites strategisches Ziel war, das öffentlich-rechtliche System aufrechtzuerhalten, um seine Unabhängigkeit zu bewahren. Am Ende, so scheint mir, wurde zwischen den Parteien hier durch viele Gespräche – Herr Vogel hat darauf hingewiesen, wie viele lange Gespräche wir geführt haben – ein ganz vernünftiger Kompromiss gefunden, der sogar dazu führte, dass Herr Schwarz-Schilling und ich uns heute als Aufsichtsratsvorsitzende in einem Unternehmen abgelöst haben, das sich mit Kabelfernsehen befasst. Sie sehen, die Welt ist vielfältig, und man kommt sich näher auch durch praktische Erfahrungen.

Die Frage, ob die Meinungsvielfalt durch das private Fernsehen erhöht werden könnte, diese Frage war in der Tat sehr umstritten. Ich bin nicht der Meinung, dass Herr Wilke und Herr Schwarz-Schilling dem Essener Parteitag der SPD von 1984 ganz gerecht geworden sind. Da gab es zwar die Beschlüsse gegen die Verkabelung, aber es gab zugleich auch Beschlüsse für die Öffnung für privates Fernsehen. Die Verkabelung konnten wir sowieso nicht aufhalten, da konnten wir auch sagen, wir sind dagegen. Aber das offene Fernsehen, das private, das hätten wir aufhalten können, und das durften wir nicht aufhalten, aus Gründen, auf die ich gleich eingehe.

Deshalb denke ich, der Essener Parteitag war eigentlich eher ein Durchbruch und ein wichtiger Beitrag. Ich will einmal drei Absätze vorlesen aus einer Rede, die ich zu dieser Frage 1983 in Hamburg gehalten habe. Und die nach meiner Meinung das alles enthalten hat, also den strategischen Wechsel in der SPD. Ich habe damals gesagt:

»Ich sehe die Risiken der Anwendung neuer Kommunikationstechniken und neuer Medien. Ich verstehe auch die ablehnende Debatte, aber ich sage offen: Ich gebe dieser Debatte keine Chance für ein dauerhaftes Ausscheren der Bundesrepublik aus dieser umstürzenden technisch-wissenschaftlichen Entwicklung. Selbst wenn wir wollten, wir könnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Die einzig wirkliche Folge würde wohl sein, dass wir die neuen Systeme kriegen und andere deren Arbeitsplätze. Und so komme ich zu dem Ergebnis, nicht Abwehr, sondern Gestaltung ist die Aufgabe, Gestaltung der Informationsstrukturen, Gestaltung der Arbeitsplatzfolgen und Gestaltung der Industrie- und Unternehmensstrukturen und damit auch der Machtstruktur, die mit der Einführung neuer Kommunikations- und Medientechnologien verbunden sein werden. Im technischen Fortschritt, was immer das Wort beinhaltet, in einer offenen Weltgesellschaft, von der wir leben und abhängen, hat kein Land die Wahl zwischen Unschuld und Teilhabe, sondern nur zwischen Partnerschaft

und Unterwerfung. Wir haben die Wahl zwischen Medien und Macht oder Medien und Ohnmacht. Die neuen Medien kommen in jedem Falle.«

Umsetzung in Hamburg

Das war sozusagen die Ausgangsposition für uns in Hamburg. Dabei spielte – das gebe ich ganz offen zu – natürlich eine erhebliche Rolle auch die wirtschaftliche Struktur der Stadt mit den sehr starken Zeitungsverlagen. Ich habe sehr dafür geworben, dass gerade die Zeitungsverlage berechtigt sein würden, sich auch im Fernsehen zu betätigen, ein sehr streitiger Punkt damals, weil man eine »Doppelmacht« schaffen könnte. Mein Argument war: Wenn man den Zeitungsverlagen nicht die Möglichkeit gibt, an dem Zuschaueraufkommen teilzuhaben, das ja zum Teil ein Ersatz für das Leseraufkommen ist, werden diese Zeitschriften- und Zeitungsverlage in Zukunft Nachteile haben. Und da das für Hamburg ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor war, habe ich also gefochten für dieses Zusammengehen. Aber es war alles sehr streitig in der Partei, wurde aber dann schrittweise durchgesetzt.

Herr Schwarz-Schilling hat mir eben einen Streitartikel von mir gezeigt, in dem ich mich mit dem Planungschef von Helmut Schmidt, Albrecht Müller, über diese Frage sehr intensiv öffentlich gestritten habe. Aber Albrecht Müller hat manches gesagt, über dass man heute lächelt.

Ich will also sagen, wir hatten auch ein Interesse am Wettbewerb, aber die Frage war: Ist der Wettbewerb auf diesem Sektor wirklich nur produktiv? Und wenn Sie, Herr Vogel, vorhin gesagt haben, die öffentlich-rechtlichen Anstalten schielen in einem falsch verstandenen Konkurrenzbewusstsein auf die Privaten, sozusagen in der Konkurrenz um Reichweiten, dann halte ich das nicht für eine ganz realistische Betrachtung. Die Öffentlich-Rechtlichen haben ja ein Problem: Sie kriegen Gebühren und können diese Gebühren natürlich nur solange bekommen, als sie für sich in Anspruch nehmen können, dass sie wirklich eine breite Verbreitung ihrer Sendungen haben. Und wenn man gewissermaßen den Öffentlich-Rechtlichen eine Konkurrenz entgegenstellt, die ihnen, ich sage einmal, neben Fußball und Entertainment usw. alles nehmen würde, also wenn sie nicht hinschielen würden auf das, was im andern Angebot ist, dann könnte wohl die Gefahr bestehen, dass eines Tages auch das Bundesverfassungsgericht sagt: Bei euren Reichweiten und der geringen Zustimmung, die ihr habt, wie wollt ihr eigentlich weiterhin rechtfertigen, dass ihr diese Gebühren einnehmt? Und was würde aus dem Werbeaufkommen?

Diese Fragen werden, glaube ich, wenn ich richtig informiert bin – hier sitzen ja Fachleute aus den öffentlich-rechtlichen Anstalten – immer wieder diskutiert, und sie sind ein wesentlicher Faktor in der Beurteilung dieses sogenannten Schielens auf den Wettbewerb.

Unsere Ausgangslage war also ein Gefühl der Bedrohung der freien Information durch einen zu starken wirtschaftlichen Einfluss. Die ideologische Abwehr in der SPD wurde gebrochen mit Hilfe von Peter Glotz und auch mit meiner Hilfe und meinen Initiativen aus Hamburg, und das führte dann am Ende zu einem Kompromiss, von dem ich glaube, dass er noch heute vernünftig ist, und ich sehe die Gesichtspunkte durchaus, die Herr Schwarz-Schilling auch hier politisch eingebracht hat. Aber am Ende muss man ja fragen, wie bewährt es sich. Ich denke, dass diese öffentlich-rechtlichen Anstalten heute eine auch im Wettbewerb sehr beachtliche Position besitzen, allerdings mit dem Vorteil der Gebühren, das gebe ich durchaus zu, der aber wiederum auch mit der breiten Versorgung usw. und mit der Pflicht zur Versorgung und auch mit dem öffentlichen Auftrag wohl zu rechtfertigen ist, solange man eben die notwendigen Reichweiten auch nachweisen kann.

Es wird im übrigen neue Fragen geben, und wir werden diese Debatte nicht verlassen können, denn wir kommen in neue technische Entwicklungen und damit auch zum Teil in einer Wiederholung vergleichbarer Fragen, in diesem Falle sogar durch erheblichen wirtschaftlichen Einfluss von außerhalb unseres Landes.

Was ist zu lernen?

Ich komme also zum vierten Punkt: Was ist zu lernen? Ich denke, man muss sich wirklich darüber im Klaren sein, dass es nicht möglich ist, im Wandel einer freien Gesellschaft, also unter Gesichtspunkten der Evolution und nicht der Vorgabe konstruktivistischer Ideen, wie die Welt aussehen sollte, Entwicklungen umfassend zu steuern. Wir müssen hinnehmen, dass die Welt aus einer für uns oft unergründlichen Kraft, menschlicher Neugier, menschlichen Wettbewerbs in der Freiheit, sich aus eigener Kraft entwickelt, einer Kraft, die wir nur sehr begrenzt oder vielleicht, was die wirkliche Kraft der Entwicklung angeht, gar nicht steuern können. Trotzdem dürfen wir uns dieser Entwicklung nicht einfach ergeben.

Wir können uns ja nicht – und das war auch damals ein Teil unserer sozialdemokratischen Debatte, auf jeden Fall auf meiner Seite – der Tatsache ergeben, dass nun hier privates Fernsehen unter dem Gesichtspunkt des Kommerzes sozusagen die Dinge alleine vorantreiben soll. Man darf die Strömungen der Zeit nicht bagatellisieren, man darf sie auch nicht verachten, denn die Strömungen der Zeit kommen eben aus diesen evolutionären, menschheitlichen Entwicklungen. Aber man muss nachdenken, wie man mit ihnen vernünftig umgeht.

Das kontinentaleuropäische Modell ist nicht das angelsächsische. Und bei allem Respekt, den ich habe vor dem, was Amerikaner und Briten, insbesondere Briten, uns kulturell gebracht haben, so denke ich doch, dass wir ein Mo-

dell haben in Europa, das vielleicht in Deutschland eine besondere und besonders gute Ausformung gefunden hat, in dem beides miteinander verbunden ist, das Soziale und die Wettbewerbskraft. Und es gilt, dieses Modell unter veränderten Bedingungen immer wieder neu zu gestalten. Und wenn wir dann über Strukturen nachdenken, über Institutionen im Medienbereich, so müssen wir fragen: Wie kann man das machen, dass beides bleibt, dass wir auf der einen Seite in der Lage sind, die Medien in ihrer Freiheit sich entwickeln zu lassen, und auf der anderen Seite auch bestimmte Strukturen zu bewahren, die es uns wert sind.

Die SPD hat sicher viele Dinge falsch gesehen damals, aber das ist uns allen gegeben, dass wir Fehler machen und Dinge nicht richtig sehen. Wenn ich mir die Mühe geben würde oder Sie sich die Mühe geben würden, mal nachzulesen, was die 68er nicht nur nach außen getan, sondern geschrieben und geglaubt haben, dann würden wir uns wirklich alle ungeheuer wundern. Ich habe dem nie folgen können. Es ist schon sehr komisch, was man da lesen kann. Was erwachsene Leute damals geglaubt haben. Junge Leute haben natürlich das Recht auf Irrtum, aber die Älteren haben die Pflicht, sie auch durch ihre Erfahrung vor Irrtümern zu bewahren.

Und so denke ich: Aus der Geschichte zu lernen, heißt in diesem Zusammenhang, dass man zwar unaufhaltsame Entwicklungen nicht aufhalten kann, sprich technische Entwicklung, technologische Entwicklung, wissenschaftliche Entwicklung der Medien, dass man aber die eigenen Werte nicht ohne weiteres aufgeben muss. Und dass der Kampf, den die SPD damals um die öffentlich-rechtlichen Anstalten, um deren Strukturen usw. geführt hat, nicht vergeblich war, sondern am Ende doch zu vernünftigen Kompromissen geführt hat. Und dass es darum geht, realistische Formen des Konsenses am Ende immer wieder zu finden, auch über die Parteigrenzen hinweg. Es ist vielleicht zuviel verlangt zu erwarten, dass Erfahrung und Ungestüm oder Weisheit und Ungestüm eine gemeinsame Kraft werden. Es ist aber die Hoffnung der Menschheit immer gewesen, dass das eines Tages so sein könnte, und ich meine, wir sollten die Hoffnung auch bei den Medien nicht aufgeben.